

Ausgabe Nr. 10 / 16.5.2002

In aller Kürze

Nach längerer Zeit legt das IAB wieder eine Langfristprojektion zur Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs vor. Sie reicht bis zum Jahr 2015 und basiert auf Modellrechnungen unter „Status-quo-Bedingungen“:

➤ Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird in Deutschland bis 2005 annähernd wieder das Niveau von 2000 erreichen und danach bis 2015 um etwa eine Million zunehmen.

➤ Für die sektorale Entwicklung werden im Wesentlichen die in der Vergangenheit beobachtbaren Tendenzen bestätigt: weitere Anteilsverluste der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft, im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe, Beschäftigungsgewinne in den Dienstleistungsbranchen.

➤ Während in Westdeutschland ein „Silberstreif am Horizont“ erkennbar ist, geben die Modellrechnungen für Ostdeutschland derzeit noch keinerlei Hinweise auf eine eigen-dynamische positive Arbeitsmarktentwicklung unter besagten „Status-quo-Bedingungen“.

➤ Eine strategisch angelegte Wachstums- und Beschäftigungspolitik könnte diese Bedingungen aber ändern – vor allem für die neuen Bundesländer. Besonders erfolgversprechend wird sie dann sein, wenn sie von den Arbeitsmarktakteuren gemeinsam getragen wird – z.B. in einem wiederbelebten „Bündnis für Arbeit“.

Autor/in

**Peter Schnur
Gerd Zika**

Projektion bis 2015

Gute Chancen für moderaten Aufbau der Beschäftigung

Dies gilt allerdings nur für den Westen Deutschlands, der Osten wird ohne weitere Anstrengungen nicht aufholen können – Berechnungen mit dem IAB/INFORGE-Modell

Die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt ist mehr noch als in früheren Zeiten von einer Reihe nur schwer kalkulierbarer Entwicklungen geprägt. Folgende – exemplarisch herausgegriffene – Stichworte mögen dies verdeutlichen: Nahost-Konflikt, Terrorismus, internationale Finanzkrisen. Aber auch die weiter fortschreitende Globalisierung, neue technische Entwicklungslinien, grundlegende Veränderungen der Demographie und – speziell in Deutschland – die noch nicht voll bewältigten Folgen der Vereinigung sind erhebliche Unwägbarkeiten, die die Abschätzung künftiger Entwicklungen über einen längeren Zeitraum erschweren. Ungeachtet dessen legt das IAB hier seine aktuelle Langfristprojektion zur Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs bis 2015 vor.

Bei der Interpretation der Ergebnisse sollte man sich aber immer vor Augen halten: Langfristprojektionen wollen und können nicht die Zukunft abbilden und eine wahrscheinliche, gleichsam unbeeinflussbare Entwicklung vorhersagen. Ihre Qualität kann daher auch nicht daran gemessen werden, ob sie sich in der zukünftigen Wirklichkeit erfüllen. Vielmehr liegt der Sinn von Projektionen gerade darin, dass sie bei politischen Entscheidungen einbezogen und dadurch unerwünschte Entwicklungen vermieden werden. Eine solche „Selbsterstörung“ ist also geradezu erwünscht.

Grundannahmen und gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Unverzichtbar für längerfristige Arbeitskräftebedarfsprojektionen ist zunächst einmal eine solide Wirtschaftsprojektion, die so weit wie möglich den Strukturwan-

del nach Sektoren und die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung berücksichtigt. Deshalb wurde die vorliegende Projektion auf Basis des IAB/INFORGE-Modells erarbeitet. Das IAB/INFORGE-Modell ist ein auf dem Gütermarkt nach Sektoren tief disaggregiertes Modell für Gesamtdeutschland, das zudem Teil des internationalen Modellverbundes GLODYM ist, wodurch die wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit der übrigen Welt berücksichtigt wird (vgl. „Methodischer Anhang“, Seite 6).

Mittel- und längerfristig hängt das Wachstum der deutschen Wirtschaft vor allem davon ab, wie die Bundesrepublik mit den Herausforderungen fertig wird, die sich aus den weltwirtschaftlichen und europäischen Veränderungen sowie aus dem technologischen und demografischen Wandel ergeben.

Die vorliegende Projektion geht von folgenden Rahmenbedingungen bzw. Grundannahmen aus:

➤ Mit etwa 3% jährlichem Wachstum für die weltwirtschaftliche Entwicklung und 5% für den Welthandel werden die Perspektiven bis 2015 vom internationalen Modellverbund GLODYM relativ günstig eingestuft, liegen aber etwas niedriger als in der Vergangenheit.

➤ Ähnliches gilt für die Veränderungen in Westeuropa, das auch künftig der weitestwichtigste Handelspartner Deutschlands bleiben wird. Mit durchschnittlich etwa 2% wird dessen Wirtschaftswachstum etwas niedriger eingeschätzt als die Weltentwicklung. Überdurchschnittliche und im Verlauf der Projektionsperiode tendenziell steigende Zuwächse werden demgegenüber für die mittel- und osteuropäischen Reformländer angenommen. Dies dürfte für Deutschland Vorteile bringen, das mit seiner Industriestruktur stark auf Investitionsgüter ausgerichtet ist.

➤ Die Bevölkerungszahl wird sich im Projektionszeitraum bei einem positiven Wanderungssaldo von 100 Tsd. pro Jahr insgesamt um über 2,5 Mio. verringern.

Für die Wachstumsaussichten problematischer dürfte jedoch der Alterungsprozess sein, der unter „Status-quo-Bedingungen“ zu einem massiven Anstieg der Beitragssätze zur Sozialversicherung führen würde. In der Projektion wird jedoch von einer nur marginalen Erhöhung der Abgabensätze ausgegangen. Dies setzt u.a. Leistungsanpassungen sowie eine Stärkung der Selbstvorsorge durch Rückführung der Versicherungssysteme auf Kernrisiken voraus.

➤ Von Seiten der Tarifpolitik – so die Annahme – bleiben die Lohnsteigerungen insgesamt moderat und werden im Durchschnitt unter dem Anstieg der nominalen Arbeitsproduktivität liegen, so dass die realen Lohnstückkosten zurückgehen.

➤ Die durchschnittliche Arbeitszeit wird sich per Annahme bis 2010 jährlich um 0,5% verringern, wobei sich dieser Rückgang wahrscheinlich nicht aus allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen, sondern vornehmlich aus der Verbreitung verschiedener Arbeitszeitmodelle mit

wachsender Teilzeitbeschäftigung ergibt. Ab 2010 ist in der Projektion keine weitere Arbeitszeitverkürzung unterstellt.

➤ Für die Finanzpolitik wird davon ausgegangen, dass zugesagte Konsolidierungsziele (weitgehend ausgeglichener Haushalt ab 2004) im großen und ganzen erfüllt werden. Dies ist nur möglich, wenn der Staat auf der Ausgabenseite restriktiv verfährt und auf der Einnahmenseite die beschlossenen Steuersenkungen 2003 und 2005 durch Abgabenerhöhung an anderer Stelle kompensiert. So wurden in der Projektion die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bis 2015 deutlich heruntergefahren.

Tabelle 1 zeigt, wie sich – unter diesen Rahmenbedingungen – wirtschaftliche Eckdaten und die Beschäftigung in Deutschland bis zum Jahr 2015 schätzungsweise entwickeln werden. Im langfristigen Durchschnitt der kommenden anderthalb Jahrzehnte wird das jährliche Wachstum des Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Wachstum der neunziger Jahre (ca. 1,6%) nahezu unverändert

Tabelle 1

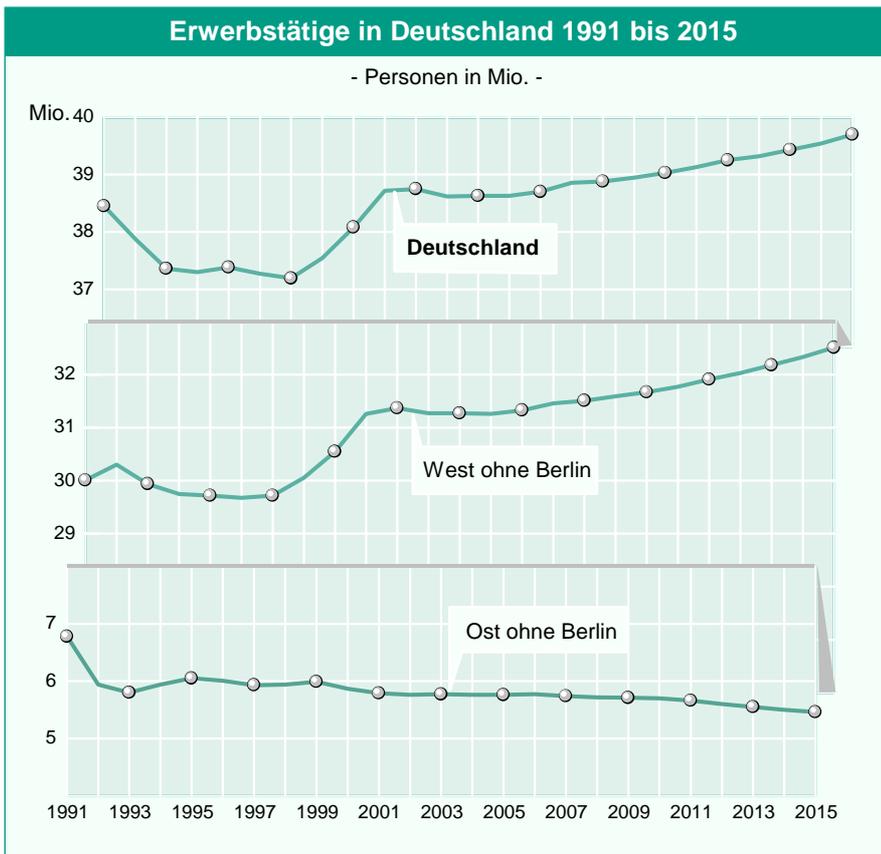
Ergebnisse für Deutschland insgesamt												
	1991	1995	2000 ¹⁾	2005	2010	2015	durchschnittliche jährliche Wachstumsraten					
							1991/ 1995	1995/ 2000	2000/ 2005	2005/ 2010	2010/ 2015	2000/ 2015
Ausgewählte Arbeitsmarktgrößen												
Erwerbstätige in 1000 Personen	38.454	37.382	38.717	38.698	39.133	39.697	-0,7	0,7	0,0	0,2	0,3	0,2
Jahresarbeitszeit in Std.	1.496	1.463	1.400	1.365	1.330	1.330	-0,6	-0,9	-0,5	-0,5	0,0	-0,3
Bruttolohn je Stunde in €	13,25	16,44	18,04	19,97	22,62	26,66	5,5	1,9	2,1	2,5	3,3	2,6
Erwerbstätigenproduktivität in € ²⁾	44.489	48.186	50.905	53.650	58.322	64.020	2,0	1,1	1,1	1,7	1,9	1,5
Lohnstückkosten je 100 € in €	27,82	31,53	31,42	32,42	32,92	35,46	3,2	-0,1	0,6	0,3	1,5	0,8
Wirtschaftliche Eckdaten												
Bruttoinlandsprodukt, real in Mrd. €	1.711	1.801	1.971	2.076	2.282	2.541	1,3	1,8	1,0	1,9	2,2	1,7
Anteile in % (BIP = 100%)												
priv. Verbrauch	56,5	56,9	56,4	56,9	58,8	61,3						
Staatsverbrauch	19,1	19,8	19,2	18,0	15,9	13,4						
Anlageinvestitionen	22,9	22,4	22,4	20,8	21,2	22,5						
Ausrustungsinvestitionen	10,1	8,1	10,1	10,0	11,1	13,1						
Bauinvestitionen	12,8	14,4	12,3	10,8	10,1	9,4						
Export	24,2	24,5	33,3	37,4	39,8	42,1						
Import	23,1	23,8	31,3	33,2	35,7	39,3						
Inflationsrate	3,5	1,8	1,6	1,6	1,6	2,0						
Neuverschuldungsquote ³⁾	-3,0	-10,0	0,9	0,3	0,3	0,1						

¹⁾ Modellgestützte Werte; Empirische Datenbasis des Projektionsmodells sind die Jahre von 1991 bis 1999.

²⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen.

³⁾ Finanzierungssaldo des Staates bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt; 1995: Übernahme der Verbindlichkeit der Deutschen Bahn und der Treuhandanstalt. 2000: Ohne Berücksichtigung der UMTS-Erlöse hätte sich eine Neuverschuldungsquote von -1,51 ergeben.

Abbildung 1



bleiben (ca. 1,7%), wobei das relativ schwache Wachstum bis 2005 nicht zuletzt auch auf die (unterstellte) Konsolidierung des Staatshaushaltes zurückzuführen ist. Das Konsumwachstum verlagert sich vom Staat, dessen Verbrauch real stagniert, auf die privaten Haushalte, deren Verbrauchszuwachs über dem des Bruttoinlandsprodukts liegen wird. Die Ausrüstungsinvestitionen beschleunigen ab 2005 ihr Wachstum auf die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts, was einen langfristig stabilen Kapitalkoeffizienten impliziert. Die Bauinvestitionen werden stagnieren. Sowohl die Exporte als auch die Importe werden in Zukunft immer noch deutlich stärker steigen als das Bruttoinlandsprodukt, wobei das Wachstum der Importe knapp unter dem der Exporte zurückbleibt. Die Globalisierung schreitet also voran, wenn auch weniger schnell.

Auf technologischem Gebiet wird Deutschland – nicht zuletzt wegen seiner relativ hohen Arbeitskosten – Produktionsstandort für hochwertige, innovative Erzeugnisse bleiben. Für die Projektionsperiode insgesamt gesehen gehen wir aufgrund relativ niedriger Zinsen, insgesamt mäßiger Lohnentwicklung und moderater Preissteigerungen

von einem relativ günstigen Investitionsklima aus. Dadurch wird die Diffusion technischer Erfindungen in neue Produkte und neue Produktionsprozesse gefördert.

Aus der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und den Produktivitätstendenzen ergeben sich die in der Tabelle genannten Veränderungen der Erwerbstätigenzahlen. **Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird in Deutschland bis 2005 annähernd wieder das Niveau von 2000 erreichen und danach bis 2015 um etwa eine Million zunehmen (vgl. Abbildung 1).**

Sektorale Entwicklung

Die künftige Wirtschaftsstruktur Deutschlands dürfte durch primär hochwertige Produkte mit hoher Forschungs- und Entwicklungsintensität und hochwertige, überwiegend unternehmensbezogene Dienstleistungen sowie durch eine weiter zunehmende internationale Arbeitsteilung gekennzeichnet sein. Globalisierung und technologische Entwicklung stehen dabei in enger Wechselbeziehung. Durch Fortschritte im Bereich der IT-

Techniken verschärft sich der internationale Wettbewerb und zwingt zu zusätzlichen Innovationsbemühungen mit immer kürzeren Produktzyklen. Dies erhöht den Druck, die Absatzgebiete auch international auszuweiten, um bei verkürzter Lebensdauer der Produkte die hohen Entwicklungskosten amortisieren zu können.

Die neue Studie bestätigt für die sektorale Entwicklung somit im Wesentlichen die in der Vergangenheit beobachtbaren säkularen Grundtendenzen (vgl. **Tabelle 2, Seite 4 und Abbildung 2, Seite 5**):

➤ Weitere Anteilsverluste der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft, im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes mit einem Gesamtverlust von über einer Million Arbeitsplätzen wird die überwiegende Zahl der Wirtschaftszweige mehr oder weniger große Beschäftigungseinbußen hinnehmen müssen.

➤ Höhere Beschäftigungsanteile der Dienstleistungsbranchen (tertiäre Sektoren), auch wegen des künftig anhaltenden Prozesses der Ausgliederung von Unternehmensteilen und Betriebsfunktionen („outsourcing“). In den Dienstleistungsbranchen wird sich die Arbeitsteilung zwischen öffentlichen, halböffentlichen und privaten Anbietern von Dienstleistungen insbesondere zugunsten der privaten verschieben, wie im Gesundheitswesen, in Bildung und Wissenschaft und bei kulturellen Dienstleistungen.

➤ Stärkste Beschäftigungsgewinne mit über zwei Millionen in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Hierzu zählen: Softwarehäuser, Hardwareberatung, Datenverarbeitungsdienste, Instandhaltung und Reparatur von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Forschung und Entwicklung, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, Unternehmens- und Public-Relations-Beratung, Ingenieurbüros oder Werbung.

Der sich abzeichnende Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ist Ausdruck einer „modernen Umwegproduktion“ für einen hochentwickelten industriellen Kern, da sich insbesondere die industrienahen und unternehmensorientierten Dienstlei-

stungen als das dynamische Dienstleistungssegment erweisen dürften. Deutschland hat hier komparative Wettbewerbsvorteile, da die unternehmensbezogenen industrienahen Dienste eine

leistungsfähige industrielle Basis benötigen, um ihre Wachstums- und Beschäftigungseffekte entfalten zu können. Komplementarität und nicht Substitutivität kennzeichnen also das künftige

Verhältnis von Industrie und Dienstleistungen. Die Zukunft dürfte vor allem in der intelligenten Verknüpfung von Industrieproduktion und ergänzenden Dienstleistungen liegen. Integration und Systemlösungen werden vom Strukturwandel begünstigt und könnten Deutschlands Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt stärken. Aufgrund der modernen Informations- und Verkehrstechnologien wird aber auch hier in zunehmendem Maße eine örtliche Entkopplung möglich.

Beschäftigungsverluste wird es in solchen Wirtschaftszweigen geben, die – bisher abgeschottet – nun verstärkt der Konkurrenz auf liberalisierten Märkten ausgesetzt werden (Bergbau, Landwirtschaft, Eisenbahnen). Mit Beschäftigungseinbußen ist auch in Branchen zu rechnen, die bereits heute starker Konkurrenz ausgesetzt sind (weite Teile des Verarbeitenden Gewerbes, Energiewirtschaft, Schifffahrt, Häfen, übriger Verkehr) oder in denen erhebliche Produktivitätssteigerungen erwartbar sind (Kredit- und Versicherungsgewerbe).

Tabelle 2

Sektorale Ergebnisse						
	1991	1995	2000 ¹⁾	2005	2010	2015
A. Erwerbstätige						
Gesamtwirtschaft in 1000 Pers	38.454	37.382	38.717	38.698	39.133	39.697
Anteile in % (Gesamtwirtschaft = 100%)						
Land- und Forstwirtschaft	4,0	3,0	2,5	2,2	2,0	1,9
Bergbau	0,8	0,5	0,3	0,2	0,2	0,1
Verarbeitendes Gewerbe	27,5	22,6	21,1	19,8	18,5	17,8
Energie	1,1	1,0	0,8	0,7	0,6	0,5
Baugewerbe	7,3	8,6	7,1	6,2	5,8	5,4
Handel u.a.	18,0	19,1	19,6	20,5	20,4	20,3
Verkehr u.a.	6,3	5,8	5,3	5,3	5,3	5,2
Kredit	3,1	3,4	3,2	3,2	3,1	2,9
unternehmensbez. DL.	6,5	8,4	11,5	13,0	15,3	17,6
Staat	8,2	7,9	7,5	7,3	6,7	5,8
übrige Dienstleistungen	17,2	19,7	21,1	21,5	22,1	22,6
B. Reale Bruttowertschöpfung						
Gesamtwirtschaft in Mrd. €	1.594	1.685	1.873	1.965	2.173	2.420
Anteile in % (Gesamtwirtschaft = 100%)						
Land- und Forstwirtschaft	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4
Bergbau	0,7	0,6	0,3	0,2	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	25,7	22,7	21,0	21,4	20,9	20,0
Energie	2,2	2,1	2,2	2,2	2,2	2,3
Baugewerbe	6,5	6,8	5,4	4,8	4,6	4,4
Handel u.a.	12,3	12,0	11,4	11,2	11,4	11,7
Verkehr u.a.	5,4	5,8	6,6	6,8	7,1	7,7
Kredit	4,6	4,7	5,9	6,4	7,3	8,3
unternehmensbez. DL.	20,5	22,4	24,8	25,2	25,8	26,6
Staat	6,8	6,6	6,2	5,8	5,1	4,0
übrige Dienstleistungen	14,2	15,0	15,0	14,6	14,0	13,5
C. Erwerbstätigenproduktivität²⁾						
Gesamtwirtschaft in Mrd. €	41.442	45.073	48.364	50.891	55.568	60.956
Relation zur Gesamtwirtschaft (Gesamtwirtschaft = 1)						
Land- und Forstwirtschaft	0,3	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8
Bergbau	0,8	1,1	0,9	1,1	1,3	1,9
Verarbeitendes Gewerbe	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1
Energie	2,0	2,2	2,7	3,1	3,8	4,8
Baugewerbe	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Handel u.a.	0,7	0,6	0,6	0,5	0,6	0,6
Verkehr u.a.	0,9	1,0	1,3	1,3	1,3	1,5
Kredit	1,5	1,4	1,8	2,0	2,4	2,8
unternehmensbez. DL.	3,1	2,7	2,2	1,9	1,7	1,5
Staat	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7
übrige Dienstleistungen	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6

¹⁾ Modellgestützte Werte; Empirische Datenbasis des Projektionsmodells sind die Jahre von 1991 bis 1999.

²⁾ reale Bruttowertschöpfung bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen.

Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern

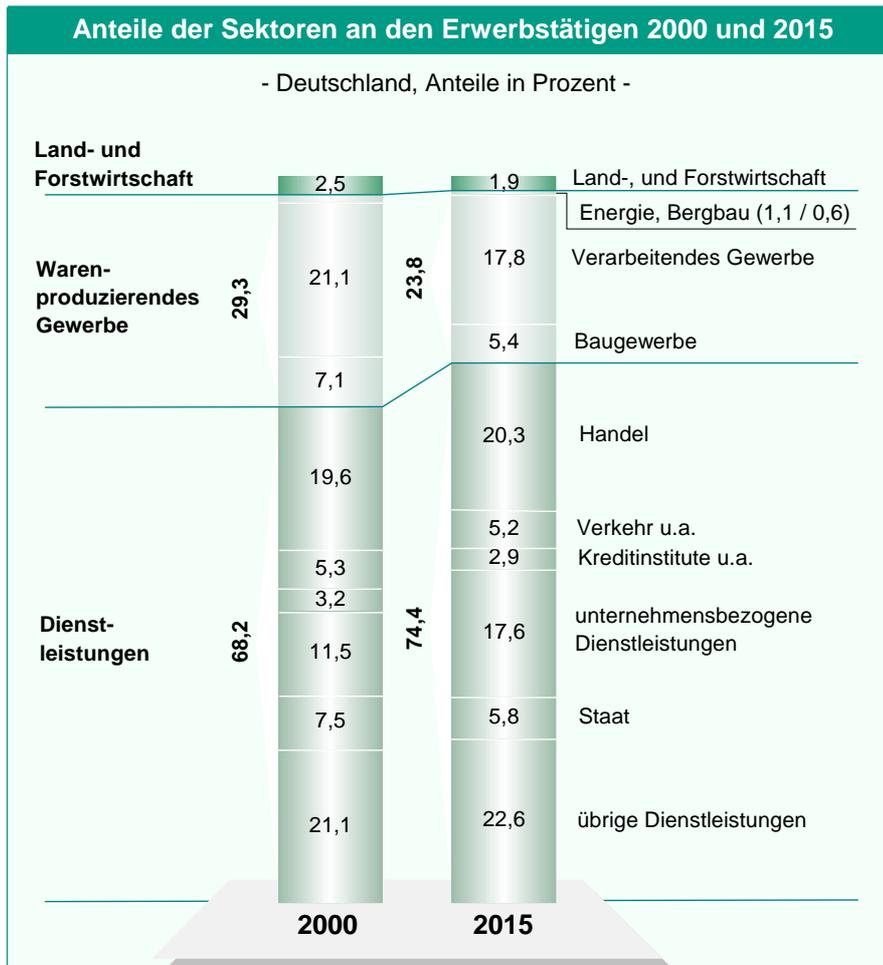
Basis für die Projektionsergebnisse ist Deutschland insgesamt. Daher müssen die Aussagen zur Entwicklung Ostdeutschlands immer im Kontext der erwarteten Entwicklung für Westdeutschland gesehen werden. Die folgenden Aussagen zur Entwicklung in West- und Ostdeutschland ergeben sich dadurch, dass die Zahlen für Gesamtdeutschland mit Hilfe von Daten der Statistischen Landesämter aufgeteilt wurden (vgl. *Tabelle 3, Seite 6*). Dies bewirkt aber auch, dass Berlin nicht in Ost- und Westberlin getrennt werden kann, so dass die folgenden Ergebnisse nur für Westdeutschland ohne Berlin und Ostdeutschland ohne Berlin gelten.

Für Westdeutschland ergibt sich eine expansive Entwicklung der Erwerbstätigkeit zwischen 2000 und 2015 in einer Größenordnung von 1,2 bis 1,3 Millionen.

Hinter der Projektion stehen folgende ökonomische Größen:

➤ Das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt wächst real im Projektionszeitraum durchschnittlich mit rd. 1,7 % p.a.;

Abbildung 2



Konsequenzen für das Ausmaß künftiger Unterbeschäftigung

Die derzeit verfügbaren Ergebnisse zur künftigen Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials berücksichtigen die umfassende Datenrevision des Statistischen Bundesamtes noch nicht. Deshalb kann momentan auch keine quantifizierte Arbeitsmarktbilanz vorgelegt werden.²

Feststehen dürfte aber, dass das Arbeitskräfteangebot – im Gegensatz zu den letzten Jahrzehnten – in den nächsten Jahren nicht mehr nennenswert zunehmen dürfte. Im Gegenteil könnte ab 2010 – keine größeren Wanderungsschübe vorausgesetzt – die demographische Entwicklung dazu führen, dass das Erwerbspersonenpotenzial zurückgeht und den Arbeitsmarkt entlastet. Auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes sind – wie die vorliegende Projektion zeigt – die Chancen für einen moderaten Beschäftigungsaufbau ab 2005 relativ gut, so dass auf mittlere Sicht mit einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit gerechnet werden kann. Allerdings gilt dies – sofern alles beim Alten bleibt – wiederum nur für Westdeutschland.

➤ Die Erwerbstätigenproduktivität steigt in der Projektion durchschnittlich um 1,5 % p.a..

Während in Westdeutschland ein „Silberstreif am Horizont“ erkennbar ist, zeigen die vorläufigen Modellrechnungen für Ostdeutschland keinerlei Hinweise auf eine eigendynamische positive Arbeitsmarktentwicklung. Im Gegenteil: **Die Berechnungen deuten unter „Status-quo-Bedingungen“ auf einen weiteren Rückgang der Erwerbstätigenzahlen im Osten von 2000 bis 2015 um 0,4 Millionen hin.** Dies deckt sich mit dem Ergebnis der vorläufigen Modellrechnungen des IAB von 1998.¹

Trotz der im Vergleich zum Westen gegenläufigen Erwerbstätigenentwicklung stehen hinter dieser Projektion ähnliche ökonomische Eckdaten:

➤ Die Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung bleibt jedoch mit durchschnittlich 1,5 % p.a. voraussichtlich leicht hinter der in den alten Bundesländern zurück;

➤ Das Wachstum der Erwerbstätigenproduktivität liegt mit durchschnittlich 2,0 % p.a. etwas höher als im Westen.

Der Anpassungsprozess im Osten an die Verhältnisse im Westen macht damit unter „Status-quo-Bedingungen“ keine Fortschritte. Für eine Angleichung bis zum Jahr 2015 müsste in Ostdeutschland ein weitaus höheres Wirtschaftswachstum erzielt werden. Für die neuen Bundesländer bringen die Projektionsergebnisse somit eine unerfreuliche Botschaft: Unter „Status-quo-Bedingungen“ kann nicht einmal das derzeit ohnehin unbefriedigende Beschäftigungsniveau gehalten werden.

¹ Vgl. Fuchs, Johann / Schnur, Peter / Walwei, Ulrich / Zika, Gerd (1998): Arbeitsmarktperspektiven bis 2010. Trübe Aussichten signalisieren hohen Handlungsbedarf. Erste Modellrechnungen mit Schwerpunkt Ostdeutschland. In: IABwerkstattbericht Nr. 12

² Das Statistische Bundesamt hat die Zahl der Erwerbstätigen in einem ersten Schritt im April 1999 und mit einer zweiten Korrektur im August 2000 z.B. für das Jahr 1998 um rd. 3,6 Mio. Personen nach oben korrigiert, um die sog. geringfügige Beschäftigung angemessen zu berücksichtigen. Diese Korrektur reicht nur bis in das Jahr 1991 zurück (+1,9 Mio. Erwerbstätige).

³ Vgl. Klaunder, Wolfgang / Schnur, Peter / Zika, Gerd: Wege zu mehr Beschäftigung. Simulationsrechnungen bis zum Jahr 2005 am Beispiel Westdeutschland. IABwerkstattbericht Nr. 5, Nürnberg 1996 und *Autorengemeinschaft: IAB-AGENDA '98. Wissenschaftliche Befunde und Empfehlungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik*, IABwerkstattbericht Nr.10, Nürnberg 1998

Fazit

Eine strategisch angelegte Wachstums- und Beschäftigungspolitik, die von den Arbeitsmarktakteuren gemeinsam getragen wird („Bündnis für Arbeit“), ist vor allem im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung in den neuen Bundesländern unter „Status-quo-Bedingungen“ nach wie vor geboten. Sowohl der im IAB-Strategiebündel für Westdeutschland abgeleitete Policy-Mix als auch die darüber hinaus gehenden Vorschläge in der IAB-AGENDA '98 sind für einen nachhaltigen Beschäftigungsaufbau auch heute noch aktuell.³

Tabelle 3

Ergebnisse für Ost- und West-Deutschland												
	1991	1995	2000 ¹⁾	2005	2010	2015	durchschnittliche jährliche Wachstumsraten					
							1991/ 1995	1995/ 2000	2000/ 2005	2005/ 2010	2010/ 2015	2000/ 2015
Erwerbstätige in 1000 Personen												
Deutschland	38.454	37.382	38.717	38.698	39.133	39.697	-0,7	0,7	0,0	0,2	0,3	0,2
Ostdeutschland o. Berlin	6.785	6.048	5.866	5.760	5.696	5.464	-2,8	-0,6	-0,4	-0,2	-0,8	-0,5
Westdeutschland o. Berlin	30.006	29.721	31.261	31.327	31.775	32.508	-0,2	1,0	0,0	0,3	0,5	0,3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Mrd. €												
Deutschland	1.711	1.801	1.971	2.076	2.282	2.541	1,3	1,8	1,0	1,9	2,2	1,7
Ostdeutschland o. Berlin	141	201	222	231	251	277	9,3	2,0	0,8	1,7	2,0	1,5
Westdeutschland o. Berlin	1.497	1.523	1.673	1.766	1.944	2.167	0,4	1,9	1,1	1,9	2,2	1,7
Erwerbstätigenproduktivität in €²⁾												
Deutschland	44.489	48.186	50.905	53.650	58.322	64.020	2,0	1,1	1,1	1,7	1,9	1,5
Ostdeutschland o. Berlin	20.778	33.245	37.843	40.048	44.054	50.638	12,5	2,6	1,1	1,9	2,8	2,0
Westdeutschland o. Berlin	49.905	51.239	53.508	56.358	61.167	66.659	0,7	0,9	1,0	1,7	1,7	1,5

¹⁾ Modellgestützte Werte; Empirische Datenbasis des Projektionsmodells sind die Jahre von 1991 bis 1999.

²⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen.

Methodischer Anhang

INFORGE ist ein nach Produktionsbereichen und Gütergruppen tief disaggregiertes ökonomisches Prognose- und Simulationsmodell für die Bundesrepublik Deutschland, das von der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS mbH) entwickelt worden ist. Seine besondere Leistungsfähigkeit beruht auf einer überzeugenden Modellphilosophie sowie seiner Integration in einen internationalen Modellverbund.

Die Modellphilosophie ist durch die Konstruktionsprinzipien „bottom-up“ und vollständige Integration gekennzeichnet. Das Konstruktionsprinzip „bottom-up“ besagt, dass die einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft sehr detailliert (jeweils etwa 600 Variablen für jeden der 59 Sektoren) modelliert und die gesamtwirtschaftlichen Variablen durch Aggregation im Modellzusammenhang gebildet werden. Auf diese Weise gelingt sowohl eine lückenlose Darstellung der einzelnen Sektoren im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang und in der intersektoralen Verflechtung als auch eine Erklärung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge, die die Volkswirtschaft als Summe ihrer Branchen begreift. Das Konstruktionsprinzip vollständige Integration beinhaltet eine Modellstruktur mit einer Abbildung der

interindustriellen Verflechtung und einer Erklärung der Einkommensverwendung der privaten Haushalte aus der Einkommensentstehung in den einzelnen Sektoren.

Der gegenüber herkömmlichen ökonomischen Modellen gegebene konzeptionelle Vorteil schlägt sich in einer gewaltigen und dabei konsistenten Informationsverarbeitung nieder: Die etwa 40000 Gleichungen des Modells prognostizieren die Verflechtung der Sektoren, die Konsum-, Investitions-, Staats- und Exportnachfrage sowie Preise, Produktion, Importe, Löhne, Gewinne, Steuern und Beschäftigung für die 59 Sektoren. Außerdem berechnet und prognostiziert das Modell alle Variablen der Einkommensverteilungs- und Einkommensumverteilungsrechnung für Deutschland. Die etwa 8200 Verhaltensgleichungen sind auf der Grundlage von Jahresdaten mit ökonomischen Verfahren für den Zeitraum 1991 bis 1999 geschätzt.

INFORGE ist Teil des internationalen Modellverbunds GLODYM, in dem die einzelnen Ländermodelle auf der Ebene der Produktgruppen über die Export- und Importströme sowie die zugehörigen Außenhandelspreise miteinander verflochten sind. Der damit gegenüber isolierten Modellen verbundene

Informationsgewinn gestattet eine zuverlässige Prognose der für die deutsche Wirtschaft so wichtigen Exporte.

Das Modell weist einen hohen Endogenisierungsgrad auf. Die etwa 200 exogenen Variablen sind vor allem Instrumentvariablen der Fiskalpolitik wie die Steuersätze. Am Arbeitsmarkt ist mit dem Erwerbspersonenpotential das Arbeitsangebot exogen. Von den außenwirtschaftlichen Variablen sind allein die Wechselkurse für die Währungen der Länder des internationalen Systems GLODYM exogen. Sämtliche anderen Variablen über weltwirtschaftliche Entwicklungen, die zur Bestimmung der deutschen Exporte notwendig sind, werden endogen im internationalen System bestimmt.

Im Konstruktionsprinzip „top-down“ ist an INFORGE ein Modul zur Abschätzung der Entwicklung in den einzelnen Bundesländern Deutschlands angeschlossen, wobei die Konsistenz zu den gesamtdeutschen Informationen in INFORGE gewährleistet ist. Die Datenbasis geht auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer zurück. Für jedes Bundesland liegen u. a. Zeitreihen für die Lohnsummen, die Bruttowertschöpfung und die Beschäftigung nach 11 Wirtschaftsbereichen vor.

Die letzten Ausgaben des **IAB**Kurzbericht im Überblick

- Nr. 14 Eingliederungstitel
31.7.01 **Neue Freiheiten gut genutzt**
Die Arbeitsämter reagieren mit ihrer Arbeitsmarktpolitik auf unterschiedliche regionale Arbeitsmarktlagen
- Nr. 15 Fachkräftemangel
27.8.01 **Wie viel Potenzial steckt in den heimischen Personalreserven?**
Um einem künftigen Mangel an Arbeits- und Fachkräften zu begegnen, sind auch Alternativen zur Zuwanderung im Gespräch – In den Varianten der Potenzialprojektion des IAB sind sie bereits weitgehend enthalten
- Nr. 16 Enger Verbund
15.10.01 **Warum ist die US-Konjunktur für Deutschland so wichtig?**
- Nr. 17 Beispielhaft?
22.11.01 **Flexible Arbeitszeiten fördern Beschäftigung**
Der jüngste Tarifabschluss bei VW zur Auto 5000 GmbH belegt die Aktualität eines alten Themas
- Nr. 18 Neuregelung der 630-DM-Jobs
29.11.01 **Geringfügige Beschäftigung aus betrieblicher Perspektive**
- Nr. 1 Arbeitslosenuntersuchung – Teil 1
21.1.02 **Was beeinflusst den Übergang von der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit?**
- Nr. 2 Arbeitslosenuntersuchung – Teil 2
21.1.02 **Wie nah am Arbeitsmarkt sind die Arbeitslosen?**
- Nr. 3 Arbeitsvermittlung
14.3.02 **Die Deregulierung in der EU schreitet voran**
- Nr. 4 Arbeitsvermittlung
15.3.02 **Mehr Markt belebt auch das Geschehen in Deutschland**
- Nr. 5 Arbeitsvermittlung
18.3.02 **In Österreich gehen die Uhren schon anders**
- Nr. 6 Arbeitsvermittlung
19.3.02 **Spielräume für den Abbau der Arbeitslosigkeit in der Flaute**
- Nr. 7 Regionale Mobilität am Arbeitsmarkt
4.4.02 **Wohin nach der Berufsausbildung?**
- Nr. 8 Bundesrepublik Deutschland
8.4.02 **Der Arbeitsmarkt 2002 und 2003**
- Nr.9 Warum in die Ferne schweifen?
10.5.02 **Arbeitsmarkt Schweiz – ein noch wenig beachtetes Erfolgsmodell**

Die Reihe **IAB**Kurzbericht gibt es seit 1976. Eine Übersicht über die letzten Jahrgänge finden Sie im Internet oder in der kostenlosen Broschüre „**Veröffentlichungen**“ des IAB (Tel. 0911/179-3025).

IABKurzbericht

Nr. 10 / 16.5.2002

Redaktion

Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung

Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung

Hausdruckerei der BA

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
Regensburger Str. 104,
D-90327 Nürnberg
Tel.: 0911/179-3025

IAB im Internet:

<http://www.iab.de>

Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an

Peter Schnur, Tel. 0911/179-3071

Dr. Gerd Zika, Tel. 0911/179-3072

oder e-Mail: vorname.name@iab.de

ISSN 0942-167X